

Vaduz, 10. Mai 2013

Persönlich

Herr Landtagspräsident  
Albert Frick  
Winkelgass 33A  
9494 Schaan

**Sanierung und Sicherung der Pensionsversicherung der Staatsangestellten**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Frick

In Ihrer Mai-Sitzung behandeln Sie die Vorlage zur Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS). Bitte erlauben Sie mir als Steuerzahler sowie als Vertreter der Kampagne für faire Renten unsere Sicht zu einigen Punkten darzulegen.

Seit geraumer Zeit gilt in der liechtensteinischen Politik das Gebot des Sparens, damit der Staatshaushalt auf lange Sicht wieder ins Lot gebracht werden kann. Dazu wurden verschiedene Massnahmenpakete durch den Landtag verabschiedet und auf der Ausgabenseite kleinere Posten (Seniorenzeitung: -20'000 Franken) wie auch grössere Positionen (Wohnbauförderung, -3.3 Mio. Franken) reduziert. Wir begrüssen den eingeschlagenen Kurs zur Konsolidierung des Staatshaushaltes.

Durch die von der Regierung geplante Vorgehensweise bei der Sanierung und Neuausrichtung der PVS werden diese Sparmassnahmen konterkariert. Der Staat soll einen enormen Beitrag zur Sanierung der Kasse einschiessen. Ob dies in Darlehensform oder à fonds perdu geschieht, ist unerheblich. Am Schluss soll die Sanierung über 300 Millionen Franken Volksvermögen absorbieren.

Es stellt sich aus unserer Sicht die Frage: Weshalb soll der Staat als Arbeitgeber sämtliche Sanierungskosten für die marode PVS tragen? Schliesslich haben in der Vergangenheit sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber ungenügende Beiträge geleistet, um die in Aussicht gestellten Pensionen zu finanzieren.

Die Regierung plant zur Finanzierung der neuen 45-Prozent-Rente der Versicherten, welche 2014 in Kraft treten soll, eine massive Anhebung des Arbeitgeberbeitrages auf fast 15 Prozent. Dies entspricht einer Verdoppelung der Arbeitgeberbeiträge seit 2008 und wird entsprechende Mehrkosten in Höhe von etwa 25 Millionen Franken pro Jahr verursachen.

Abgesehen davon dass die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten nicht tragbar sind, halten wir die neue geplante Rente für Staatsangestellte für ungebührlich hoch. Der in der Stellungnahme der Regierung aufgezeigte Vergleich mit je zwei – anonymisierten – Unternehmen der Finanzbranche und der Industrie spiegelt nicht die tatsächlichen Rentenverhältnisse in Liechtenstein wieder.

Ein oft gehörtes Argument in der Diskussion um die PVS ist der angeblich enge gesetzliche Rahmen. In diesem Zusammenhang erlauben wir uns auf den Bericht und Antrag (B & A) 135/2012 zu hinweisen, in dem die Regierung auf Seite 157-158 schreibt: „Somit ist festzuhalten, dass mit Bezug auf die Rentenversprechen keine wohlverworbene Leistungen, sondern lediglich Anwartschaften (=mögliche Rechte) vorliegen.“

Für uns stellt sich weiter die Frage, ob und wie die heutigen Rentenbezüger ihren Beitrag an eine gesunde Pensionskasse leisten. „Eine Kürzung der laufenden Pensionsansprüche wäre aus Sicht der Regierung in Liechtenstein im Gegensatz zur Schweiz nicht unmöglich, soll aber trotzdem aus sozialen Überlegungen nicht vorgenommen werden“, schreibt die Regierung auf Seite 101 des erwähnten B & A.

Die meisten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner haben keinen Anspruch auf eine derart üppige Pension, wie sie die heutige Rentnergeneration der Staatsangestellten erhält. Dennoch sollen jene und die nachfolgenden Generationen die Finanzierung der luxuriösen PVS-Pensionen aufgebürdet werden. Hier wird das Solidaritätsprinzip auf den Kopf gestellt!

Wir bedanken uns für Ihr Interesse an unseren Ausführungen und grüssen Sie freundlich

Nikolaus Frick